



Analyse des Budgetdienstes

(gekürzt zum Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen)

Ergebnisse des Beteiligungs- und Finanzcontrollings zum 30. September 2017 (2/BA)

Die nachfolgende Analyse gliedert sich in drei Abschnitte:

- Einführung in das Beteiligungs- und Finanzcontrolling des Bundes und die Berichtspflichten an den Nationalrat
- Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Berichtswesens aus der letzten Legislaturperiode (Bericht des Unterausschusses des Budgetausschusses vom 13. September 2017)
- Überblick über die Ergebnisse des Beteiligungs- und Finanzcontrollings zum 30. September 2017

Einführung in das Beteiligungs- und Finanzcontrolling des Bundes

Überblick

Der Bund war per 30. September 2017 an 103 Gesellschaften direkt oder indirekt mehrheitlich beteiligt, dazu zählen neben Unternehmen mit Bundesbeteiligung auch Gesellschaften und Anstalten öffentlichen Rechts wie beispielsweise die Universitäten. Die Gesamtanzahl der MitarbeiterInnen in den Unternehmen belief sich zu diesem Stichtag auf 105.192 Vollbeschäftigungsäquivalente (VBÄ) und entsprach damit rd. 80 % des Personalstands des Bundes (Ende 2016 beschäftigte der Bund 131.482 VBÄ¹).

¹ laut Personalplan 2017 in der Fassung der 1. Anpassung 2017



Nachfolgende Darstellung zeigt die Entwicklung der Anzahl der Beschäftigten in den Jahren 2013 bis 2017² je Untergliederung.

Beschäftigte in Ausgliederungen und Beteiligungen 2013 bis 2017 nach Untergliederungen

Anzahl der Beschäftigten <i>in VBÄ</i>	2013	2014	2015	2016	2017 Vorschau	2013-2017 %Diff
UG 02-Bundesgesetzgebung	-	-	-	4,0	5,0	-
UG 10-Bundeskanzleramt	905,0	985,5	981,1	999,5	1.023,9	13,14%
UG 11-Inneres	-	-	-	-	47,0	-
UG 12-Äußeres	177,0	179,0	191,0	196,0	213,0	20,34%
UG 13-Justiz	264,0	377,0	488,0	529,9	550,0	108,33%
UG 14-Militärische Angelegenheiten und Sport	204,0	201,0	198,0	198,0	199,0	-2,45%
UG 20-Arbeit	5.030,0	5.200,7	5.418,2	5.456,8	5.857,8	16,46%
UG 24-Gesundheit und Frauen	1.489,8	1.443,6	1.452,4	1.462,0	1.490,0	0,01%
UG 25-Familien und Jugend	11,0	11,8	9,8	10,4	9,6	-12,45%
UG 30-Bildung	155,0	160,0	154,0	158,0	114,0	-26,45%
UG 31-Wissenschaft und Forschung	34.949,9	35.450,5	36.090,3	36.315,9	36.786,3	5,25%
<i>davon Universitäten gesamt</i>	34.497,9	34.989,0	35.598,4	35.833,3	36.245,3	5,07%
UG 32-Kunst und Kultur	4.159,8	4.201,6	4.151,4	4.138,2	4.187,8	0,67%
UG 34-Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	1.084,0	1.137,4	1.182,9	1.231,4	1.352,0	24,73%
UG 40-Wirtschaft	1.560,1	1.519,1	1.617,4	1.689,9	1.738,9	11,46%
UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie	45.428,0	45.079,8	45.044,3	45.450,3	46.221,8	1,75%
UG 42-Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	2.218,0	2.192,8	2.193,5	2.185,0	2.247,7	1,34%
UG 43-Umwelt	397,0	408,3	432,9	442,5	463,0	16,62%
UG 45-Bundesvermögen	3.292,0	3.271,5	3.215,7	3.211,2	3.271,0	-0,64%
UG 46-Finanzmarktstabilität	727,1	869,6	326,7	258,2	157,8	-78,30%
Gesamt	102.051,7	102.689,2	103.147,4	103.937,0	105.935,6	3,81%

Quellen: Beteiligungs- und Finanzcontrollingberichte des BMF: Stichtag 30. September 2014, 2015, 2016 und 2017, Basis: Einzelwerte

Die Verflechtungen der ausgegliederten Unternehmen mit dem Bundeshaushalt sind vielfältig. Die Auszahlungen aus dem Bundesbudget umfassen neben (Basis)Abgeltungen für die Leistungserbringung aufgrund der Ausgliederungsgesetze sowie Kapital- und Investitionszuschüssen auch Budgetmittel, die zur Abwicklung übertragen werden, und Zahlungen für Lieferungen und Leistungen. Zu Einzahlungen in das Bundesbudget führen beispielsweise Dividenden und Gewinnanteile oder Miet- bzw. Pachteinnahmen und Fruchtgenussentgelte.

² Vorschauwerte per 30. September 2017



Nachfolgende Darstellung zeigt die Entwicklung der Auszahlungen aus dem Bundesbudget an Ausgliederungen und Beteiligungen seit 2013 je Untergliederung.³

Auszahlungen an Ausgliederungen und Beteiligungen 2013 bis 2017 nach Untergliederungen

Auszahlungen Bund <i>in Mio. EUR</i>	2013	2014	2015	2016	2017 Vorschau	2013-2017 %Diff
UG 02-Bundesgesetzgebung	-	-	-	21,1	38,7	-
UG 10-Bundeskanzleramt	60,5	59,1	69,5	76,2	68,6	13,35%
UG 11-Inneres	-	-	-	-	4,0	-
UG 12-Äußeres	88,2	88,8	102,4	107,1	117,3	33,00%
UG 13-Justiz	20,1	25,8	26,3	40,7	38,5	91,54%
UG 14-Militärische Angelegenheiten und Sport	8,0	11,5	14,1	12,1	7,9	-0,83%
UG 20-Arbeit	385,7	395,6	405,6	440,2	470,2	21,90%
UG 24-Gesundheit und Frauen	91,5	91,1	91,8	89,0	89,4	-2,27%
UG 25-Familien und Jugend	3,0	3,1	3,1	3,2	3,1	2,10%
UG 30-Bildung	19,6	19,6	17,1	17,8	11,7	-40,47%
UG 31-Wissenschaft und Forschung	3.030,2	3.120,9	3.175,6	3.350,4	3.356,5	10,77%
<i>davon Universitäten gesamt</i>	<i>3.018,4</i>	<i>3.109,5</i>	<i>3.163,6</i>	<i>3.338,5</i>	<i>3.344,3</i>	<i>10,80%</i>
UG 32-Kunst und Kultur	299,4	307,2	297,0	298,0	309,6	3,39%
UG 34-Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	222,7	240,7	223,8	222,6	204,2	-8,30%
UG 40-Wirtschaft	944,5	1.003,3	1.038,7	1.065,0	1.042,5	10,38%
UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie	5.083,4	5.351,4	5.464,2	5.666,2	5.796,4	14,03%
UG 42-Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	65,9	71,4	72,6	76,8	77,9	18,21%
UG 43-Umwelt	53,6	45,9	50,0	53,1	56,0	4,57%
UG 45-Bundesvermögen	308,9	294,2	308,7	321,8	333,6	8,01%
UG 46-Finanzmarktstabilität	3.284,3	760,3	203,7	20,6	4.684,4	42,63%
Gesamt	13.969,5	11.889,9	11.564,2	11.882,0	16.710,5	19,62%

Quellen: Beteiligungs- und Finanzcontrollingberichte des BMF: Stichtag 30. September 2014, 2015, 2016 und 2017, Basis: Einzelwerte

Die bedeutendsten Auszahlungen im Jahr 2017 betreffen die jährlichen Zuschüsse des Bundes an die Universitäten und die Transfers an den Österreichische Bundesbahnen-Konzern (ÖBB). Nach einem starken Anstieg im Jahr 2016 aufgrund der neuen Leistungsvereinbarungsperiode 2016 – 2018 sollen die Auszahlungen an die Universitäten im Jahr 2017 nur geringfügig auf 3,3 Mrd. EUR ansteigen.

Vergleichsweise hohe Auszahlungen werden 2017 aus der UG 46-Finanzmarktstabilität für Banken bzw. deren Abbaugesellschaften getätigt, die Auszahlungen für Bankenhilfen unterlagen in den letzten Jahren hohen Schwankungen. Weitere substantielle Auszahlungen fließen aus der UG 42-Land-, Forst- und Wasserwirtschaft an die Agrarmarkt Austria (AMA) zur Abwicklung von Marktordnungsmaßnahmen und Programmen der Ländlichen Entwicklung. Die Transfers an das Arbeitsmarktservice (AMS) betreffen den Verwaltungskostenersatz und die Überweisungen gemäß Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz (AMPFG). Im Bereich der Forschungsförderung fließen Budgetmittel einerseits direkt an Forschungseinrichtungen und andererseits an Fördereinrichtungen, die F&E Dritter fördern. Im Kulturbereich betreffen die Auszahlungen Basisabgeltungen der

³ Dabei werden die Universitäten gesamthaft betrachtet.



Bundesmuseen und -theater, an die ADA fließen Transfers für Entwicklungszusammenarbeit. Bedeutende Auszahlungen für Lieferungen und Leistungen gehen für Mieten an die BIG, weiters werden Werkleistungen vom Bundesrechenzentrum bezogen.

Ausgliederungen und Beteiligungen im aktuellen Regierungsprogramm

Das aktuelle Regierungsprogramm⁴ sieht hinsichtlich der öffentlichen Unternehmen die Festlegung von strategischen Leitlinien hinsichtlich grundsätzlicher Beteiligungsfragen vor. Davon sind insbesondere folgende Problemstellungen umfasst:

- Klare Zielvorgaben an ausgegliederte Rechtsträger durch die öffentliche Hand
- Umfeldanalyse
- Ausgliederung bzw. Aufgabenübertragung nicht als Selbstzweck
- Untersuchung von Alternativen zur Leistungserbringung
- Kosten-Nutzen-Analyse
- Eingehende Prüfung der budgetären Auswirkungen
- Prüfung der Höhe der Managerbezüge öffentlicher Unternehmen – diese sollten in einem angemessenen Verhältnis zu Aufgaben und Lage des Unternehmens stehen

Darüber hinaus sieht der Ministerratsvortrag 2/11⁵ zur Budgeterstellung vom 5. Jänner 2018 Zielvorgaben für ausgegliederte Einheiten vor. Unter anderem sollen Kostendämpfungspfade vorgegeben werden. Laut diesem Ministerratsvortrag gibt es mittlerweile im Bund knapp 90 ausgegliederte Behörden. Vielfach seien deren Personal- und Sachkosten deutlich höher als im Bund. Durch einen verbesserten Personal- und Sachkosteneinsatz sollen bei den ausgegliederten Einheiten bis zu 140 Mio. EUR eingespart werden. Als mittel- und langfristiges Ziel sollen die Mehrausgaben um bis zu 2 % gekürzt werden.

⁴ „Zusammen. Für unser Österreich.“ Regierungsprogramm 2017 – 2022, Seite 15f

⁵ Ministerratsvortrag 2/11 betreffend der Erstellung des Bundesfinanzrahmengesetzes für die Jahre 2018 – 2021 und für die Jahre 2019 – 2022 und des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 2018 und für das Jahr 2019



Berichtspflichten an den Nationalrat

Aufgrund verstärkter Ausgliederungen von Aufgaben der Bundesverwaltung an neu geschaffene Rechtsträger wurde Ende 2001 die Einführung eines Beteiligungs- und Finanzcontrollings beschlossen. Das Beteiligungs- und Finanzcontrolling soll der Unterstützung der Planung, Steuerung und Kontrolle der Gesellschaften, an denen der Bund direkt oder indirekt mehrheitlich beteiligt ist, dienen und eine ökonomische Betriebsführung sicherstellen.

- Das Beteiligungscontrolling umfasst eine quartalsweise betriebswirtschaftliche Berichterstattung der berichtspflichtigen Unternehmen an das mit der Verwaltung der Anteilsrechte betraute Ressort und das BMF über monetäre und nicht-monetäre Kennzahlen auf Basis von Soll-Ist-Vergleichen und das Risikocontrolling.
- Aufgabe des Finanzcontrollings ist es, die Entwicklung der aus haushaltsrechtlicher Sicht relevanten Zahlungsströme zwischen Bund und diesen Gesellschaften darzustellen.

Das Finanzcontrolling obliegt dem Bundesminister für Finanzen, das Beteiligungscontrolling ist hingegen von der/dem jeweils zuständigen FachministerIn wahrzunehmen. Um die Einrichtung eines einheitlichen Planungs-, Informations- und Berichterstattungssystem für das Beteiligungs- und Finanzcontrolling des Bundes sicherzustellen, hat der Bundesminister für Finanzen eine Beteiligungs- und Finanzcontrolling-Verordnung erlassen⁶.

Mit der zweiten Etappe der Haushaltsrechtsreform (HHRR) wurde eine halbjährliche Berichtspflicht des Bundesministers für Finanzen an den Budgetausschuss des Nationalrates über die Ergebnisse des Beteiligungs- und Finanzcontrolling normiert. Gemäß § 67 Abs. 4 Bundeshaushaltsgesetz (BHG 2013) sind die Berichte zum Stichtag 31. März und 30. September jeweils innerhalb von 2 Monaten zu übermitteln. Diese Berichte stellen einen Auszug aus dem deutlich umfangreicheren, quartalsweisen Berichtswesen zum Beteiligungs- und Finanzcontrolling an das Eigentümerressort bzw. das BMF gemäß der Beteiligungs- und Finanzcontrolling-Verordnung dar. Sie sind nicht zur Veröffentlichung bestimmt.

⁶ BGBl. II Nr. 511/2012



Das BHG trifft zur Berichterstattung an den Nationalrat über die Ergebnisse des Beteiligungs- und Finanzcontrollings keine inhaltlichen Vorgaben. Diese erfolgt derzeit anhand von neun vom BMF ausgewählten Kennzahlen aus dem Beteiligungs- und Risikocontrolling (sieben standardisierte Unternehmenskennzahlen sowie zwei Kennzahlen zum Risikocontrolling) und drei Kennzahlen aus dem Finanzcontrolling (Summenwerte für Ein- und Auszahlungen aus dem Bundesbudget sowie Angaben zu den Haftungen), die für alle Unternehmen ident sind. Diese werden jeweils pro Unternehmen, pro Untergliederung gesamt und summiert über alle berichtspflichtigen Unternehmen des Bundes dargestellt. Die Berichterstattung auf Einzelunternehmensebene bildet dabei den Schwerpunkt der Beteiligungs- und Finanzcontrolling-Berichte. Die Erläuterungen zu den einzelnen Unternehmen beinhalten zumeist eine Abweichungsanalyse, allfällige Gegensteuerungsmaßnahmen, aktuelle Themen sowie das Outsourcing von Personalkosten in den Sachaufwand.

Neben den Berichten über die Ergebnisse des Beteiligungs- und Finanzcontrolling gemäß § 67 Abs. 4 BHG sieht das BHG 2013 auch einen Bericht gemäß § 42 Abs. 5 BHG über die Ausgliederungen und Beteiligungen des Bundes („**Ausgliederungsbericht**“) vor, der dem Nationalrat im Zuge der Budgetberatungen vorgelegt wird und öffentlich ist.

Die Inhalte des Ausgliederungsberichts und der Beteiligungs- und Finanzcontrolling-Berichte weichen auf Grund unterschiedlicher Zielsetzungen voneinander ab. Beispielsweise sind die ausgewiesenen Unternehmen aufgrund unterschiedlicher Rechtsgrundlagen nicht deckungsgleich. Der Ausgliederungsbericht enthält ein umfangreicheres Kennzahlenset, Zeitreihen für die Vermögens- und Ertragskennzahlen sowie Angaben zu Investitionen und durchschnittlich Beschäftigten. Die Darstellung der Verflechtungen mit dem Bundesbudget wird meist in mehrere Positionen aufgegliedert, allerdings weicht sie von der Systematik des Finanzcontrollings ab. Trotz nahezu zeitgleicher Berichterstattung im Herbst sind die übermittelten Informationen jedoch weniger aktuell als in den Beteiligungs- und Finanzcontrolling-Berichten, bei denen die Erläuterungen auf Unternehmensebene auch deutlich umfangreicher und aussagekräftiger sind.



Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Berichtswesens aus der letzten Legislaturperiode

In der letzten Gesetzgebungsperiode wurden die Berichte über die Ergebnisse des Beteiligungs- und Finanzcontrolling in einem Unterausschuss des Budgetausschusses vorberaten. Dabei wurden auch Aspekte der Qualität und der Vollständigkeit der Berichte sowie der Zeitpunkt und Umfang der Berichterstattung erörtert.

In einer Anfrage des Abg. z. NR Ing. Markus Vogl (SPÖ) an den Budgetdienst zu den Berichten über Ausgliederungen und Beteiligungen des Bundes wurde dieser um eine Kurzstudie zu den inhaltlichen Unterschieden und Optionen zur besseren Abstimmung der Berichtsvorlagen auf den Budgetzyklus sowie für die Weiterentwicklung der Berichtsinhalte ersucht. Dabei sollen die Geheimhaltungsinteressen der Unternehmen mit dem Informationsrecht und den Kontrollbefugnissen des Nationalrats in Einklang gebracht werden.

Der Budgetdienst hat in der **Anfragebeantwortung**⁷ die Unterschiede zwischen dem Ausgliederungsbericht und den Beteiligungs- und Finanzcontrolling-Berichten herausgearbeitet. Diese betreffen u.a. die dargestellten Unternehmen, den Inhalt der Berichte, die ausgewiesenen Kennzahlen, einzelne Kennzahlenwerte und den Berichtszeitraum. Es werden Optionen zur Änderung der Stichtage bzw. Vorlagetermine (z.B. Änderung der Stichtage auf 30. Juni und 31. Dezember bei Verlängerung der Vorlagefrist um einen Monat oder Vorverlegung des Vorlagetermins des zweiten Beteiligungs- und Finanzcontrolling-Berichts bei Entfall eines Berichts) skizziert, durch die dem Nationalrat vorläufige Jahresabschlusszahlen und Plan- bzw. Vorschauwerte früher zur Verfügung gestellt werden könnten. Die Analyse enthält auch Vorschläge zur Weiterentwicklung der Berichtsinhalte, um die Informationsgrundlagen zu verbessern. Beispielsweise könnten die Berichte durch eine Vereinheitlichung der berichtspflichtigen Unternehmen, die Aufnahme unternehmensspezifischer Kennzahlen (derzeit wird nur standardisiertes Teilset zur Verfügung gestellt), die Erläuterung von Eigentümerstrategien sowie die Behandlung von thematischen Berichtsschwerpunkten (z.B. Umsetzung des Public Corporate Governance Codex) oder Analysen anhand inhaltlicher Cluster aussagekräftiger gestaltet werden. Die Ausführungen zum Risikocontrolling sollten weiter verbessert werden.

⁷ [https://www.parlament.gv.at/ZUSD/BUDGET/2017/BD_-Anfragebeantwortung zu den Berichten ueber Ausgliederungen und Beteiligungen des Bundes.pdf](https://www.parlament.gv.at/ZUSD/BUDGET/2017/BD_-Anfragebeantwortung%20zu%20den%20Berichten%20ueber%20Ausgliederungen%20und%20Beteiligungen%20des%20Bundes.pdf)



Wünschenswert wäre auch eine Darstellung von Zeitreihen (nicht nur Vorjahreswert), um eine Einschätzung und Beurteilung der Ergebnisse anhand längerer Zeiträume zu ermöglichen.

Der **Unterausschuss des Budgetausschusses** erachtete die Anfragebeantwortung als gute Diskussionsgrundlage zur Weiterentwicklung des Berichtswesens zum Beteiligungs- und Finanzcontrolling an den Nationalrat in der neuen Legislaturperiode. In seinem schriftlichen [Bericht vom 13. September 2017](#) sprach sich der Unterausschuss für eine Weiterentwicklung des Berichtswesens zum Beteiligungs- und Finanzcontrolling aus. Im Zuge der Evaluierung der Haushaltsrechtsreform sollte eine Harmonisierung und Straffung des Berichtswesens sowie eine bessere Abstimmung der Vorlagetermine mit den Budgetberatungen angestrebt werden.

Generell hat sich die Berichtsqualität der Beteiligungs- und Finanzcontrolling-Berichte bzw. die Qualität der Erläuterungen auf Unternehmensebene seit der Einführung des Berichtswesens an den Nationalrat substantiell verbessert. Dennoch besteht weiteres Verbesserungspotential, etwa im Hinblick auf die Vergleichbarkeit der Daten mit dem Ausgliederungsbericht. Auch der Rechnungshof hat in seinem [Bericht über Gewinnausschüttungen – Ziele und Vorgaben des Bundes](#)⁸ Empfehlungen zur Optimierung der Beteiligungsberichterstattung an den Nationalrat abgegeben.

Das BMF bereitet derzeit eine Novelle der Beteiligungs- und Finanzcontrolling-Verordnung vor, durch die das Kennzahlenset und die Aussagekraft für die Berichterstattung an die Eigentümerressorts und das BMF weiter verbessert werden sollen.

⁸ Reihe Bund 2017/21



Gesamtüberblick über die Ergebnisse des Beteiligungs- und Finanzcontrollings zum 30. September 2017

Der Bericht über die Ergebnisse des Beteiligungs- und Finanzcontrollings zum 30. September 2017 umfasst 103 Unternehmen, an denen der Bund direkt oder indirekt mehrheitlich beteiligt ist. Im Vergleich zum vorangegangenen Bericht zum 31. März 2017 wurden die Parlamentsgebäudesanierungsgesellschaft m.b.H. und die Bundesanstalt KZ-Gedenkstätte Mauthausen/Mauthausen Memorial neu in die Berichterstattung aufgenommen. Die Strategische Immobilien Verwertungs-, Beratungs- und EntwicklungsgmbH (SIVBEG) und die PEG Med Austron GmbH wurden liquidiert und sind weggefallen.

Ergebnisse des Beteiligungs- und Finanzcontrolling zum 30. September 2017

Beteiligung- und Finanzcontrolling (Gesamt)						Stichtag: 30. September 2017 103 Gesellschaften						
Bezeichnung	Einheit	Quartale				Gesamtjahr						
		2016 (1.-3. Qu)	2017 (1.-3. Qu)	Diff. abs.	Diff. in %	2016	2017 (Plan)	2017 (Vorschau)	Diff. VS zu Plan	in %	Diff. VS zu 2016	in %
BETEILIGUNGSCONTROLLING												
Eigenmittel (EM)	in Mio. EUR	18.546,3	19.560,3	1.014,0	5,5%	18.841,3	19.088,3	19.434,9	346,6	1,8%	593,6	3,2%
Umsatzerlöse	in Mio. EUR	12.511,7	13.176,1	664,4	5,3%	17.198,4	17.786,4	17.884,2	97,8	0,6%	685,8	4,0%
Beschäftigte	VBÄ	103.927	105.192	1.265	1,2%	103.937	106.728	105.936	-793	-0,7%	1.999	1,9%
Personalaufwand	in Mio. EUR	5.229,0	5.351,3	122,3	2,3%	7.276,1	7.332,8	7.293,8	-39,1	-0,5%	17,7	0,2%
Personalaufwand/MA	in EUR	50.314	50.872	558	1,1%	70.005	68.706	68.851	145	0,2%	-1.154	-1,6%
Ergebnis vor Steuern	in Mio. EUR	1.748,7	-709,0	-2.457,7	-140,5%	1.842,4	1.151,1	-905,6	-2.056,7	-178,7%	-2.748,0	-149,2%
CF aus dem Ergebnis	in Mio. EUR	2.319,6	2.583,6	264,0	11,4%	3.146,4	2.933,2	3.077,4	144,2	4,9%	-69,0	-2,2%
Risikowert	in Mio. EUR	1.283,0	1.573,9	290,9	22,7%							
Risikodeckung durch EM	%	1.445,5%	1.242,8%									
FINANZCONTROLLING												
Auszahlungen Bund	in Mio. EUR	8.690,8	13.256,4	4.565,5	52,5%	11.882,0	12.049,6	16.710,5	4.660,9	38,7%	4.828,6	40,6%
Einzahlungen Bund	in Mio. EUR	1.646,0	1.332,4	-313,6	-19,1%	1.979,2	1.625,3	1.633,1	7,8	0,5%	-346,0	-17,5%
Haftungen Bund	in Mio. EUR	32.835,8	28.762,2	-4.073,7	-12,4%	32.101,8	28.723,6	27.848,9	-874,6	-3,0%	-4.252,9	-13,2%

Quelle: Beteiligungs- und Finanzcontrollingbericht des BMF zum Stichtag 30. September 2017

Die Gesamtergebnisse sind insbesondere hinsichtlich der Kennzahlen Eigenmittel, Ergebnis vor Steuern, Cash-Flow, Risikowert, Auszahlungen des Bundes und Haftungen wesentlich von den Entwicklungen in der UG 46-Finanzmarktstabilität geprägt.



Im Frühjahr 2017 erfolgte die Abwicklung des Rückkaufs landesbehafteter Schuldtitel der HETA⁹, für die die Abbaumanagementgesellschaft des Bundes (ABBAG) Bundesmittel zur Verfügung stellte. Im Juni 2017 beantragte die KA Finanz AG die Umwandlung in eine Abbaugesellschaft und legte die Bankkonzession zurück. Die kurz- und mittelfristige Finanzierung über den Markt wird dabei schrittweise durch eine langfristige Refinanzierung über die ABBAG ersetzt.

Ohne die Entwicklungen im Bankenbereich zeigen insbesondere die Kennzahlen Eigenmittel, Umsatzerlöse und Ergebnis vor Steuern einen positiven Trend. Im Vorjahresvergleich steigen die Anzahl der Beschäftigten, der Personalaufwand sowie der Personalaufwand pro MitarbeiterIn nur geringfügig. Die Einzahlungen des Bundes sinken 2017 plangemäß, wobei der Rückgang insbesondere auf die niedrigere Gewinnabfuhr der Oesterreichische Nationalbank (OeNB) zurückzuführen ist, die im Vorjahr aufgrund einer hohen einmaligen Sonderdividende der Münze Österreich AG einen Sondereffekt aufwies.

Generell ist festzustellen, dass die Qualität der Erläuterungen auf Unternehmensebene gegenüber den Vorberichten weiter zugenommen hat. Dies betrifft insbesondere die Entwicklungen in der UG 46-Finanzmarktstabilität.

Ergebnisse des Beteiligungscontrollings

Die nachfolgende Analyse behandelt schwerpunktmäßig die aggregierten Kennzahlen des Berichts zum Beteiligungs- und Finanzcontrolling und erläutert die maßgeblichen Gründe für wesentliche Abweichungen. Die Darstellungen auf Untergliederungsebene beschränken sich auf die Jahreswerte.

⁹ Seit dem Bericht vom 31. März 2016 ist die HETA Asset Resolution AG (HETA) nicht mehr enthalten, weil aufgrund des Mandatsbescheides der Finanzmarktaufsicht (FMA) vom 10. April 2016 über die Abwicklung der HETA die Verwaltungsrechte von der FMA ausgeübt werden und damit die Berichtspflicht gemäß § 67 BHG 2013 an den BMF entfällt.



Eigenmittel

Kennzahl: Eigenmittel <i>in Mio. EUR</i>	Gesamtjahr						
	2016	2017 (Plan)	2017 (Vorschau)	Diff. VS zu Plan	in %	Diff. VS zu 2016	in %
Untergliederung							
UG 02-Bundesgesetzgebung	10,0	10,0	10,0	0,0	0,0%	0,0	0,0%
UG 10-Bundeskanzleramt	51,3	43,5	45,5	2,0	4,6%	-5,8	-11,3%
UG 11-Inneres	-	0,7	0,9	0,2	32,8%	-	0,0%
UG 12-Äußeres	9,4	9,0	9,0	0,1	0,7%	-0,4	-4,5%
UG 13-Justiz	5,1	5,0	5,0	0,0	-0,5%	-0,1	-2,3%
UG 14-Militärische Angelegenheiten und Sport	34,5	36,3	36,3	0,0	0,0%	1,8	5,3%
UG 20-Arbeit	354,6	331,6	331,6	0,0	0,0%	-23,0	-6,5%
UG 24-Gesundheit und Frauen	22,6	18,3	26,2	7,9	43,4%	3,6	16,1%
UG 25-Familien und Jugend	0,4	0,4	0,4	0,0	0,0%	0,0	4,5%
UG 30-Bildung	2,4	1,6	1,6	0,0	0,0%	-0,7	-31,3%
UG 31-Wissenschaft und Forschung	1.170,3	1.163,2	1.208,9	45,7	3,9%	38,5	3,3%
UG 32-Kunst und Kultur	194,8	185,8	210,2	24,4	13,1%	15,4	7,9%
UG 34-Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	57,6	58,1	59,1	1,0	1,8%	1,5	2,6%
UG 40-Wirtschaft	6.982,1	7.259,6	7.343,8	84,2	1,2%	361,6	5,2%
UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie	6.883,3	7.508,4	7.674,6	166,1	2,2%	791,3	11,5%
UG 42-Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	315,0	316,4	319,7	3,2	1,0%	4,7	1,5%
UG 43-Umwelt	9,5	9,4	10,3	0,9	9,6%	0,9	9,2%
UG 45-Bundesvermögen	2.068,9	2.067,9	2.077,4	9,5	0,5%	8,6	0,4%
UG 46-Finanzmarktstabilität	669,4	62,9	64,3	1,3	2,1%	-605,1	-90,4%
Summe	18.841,3	19.088,3	19.434,9	346,6	1,8%	593,6	3,2%

Quelle: Beteiligungs- und Finanzcontrollingbericht des BMF zum Stichtag 30. September 2017

Die Eigenmittel sollen im Jahr 2017 laut Vorschau im Vergleich zum Vorjahr um 594 Mio. EUR (3,2 %) auf 19,4 Mrd. EUR anwachsen und um 1,8 % höher ausfallen als geplant. Im 3. Quartal 2017 lagen sie um 1,0 Mrd. EUR (5,5 %) über jenen des Vergleichszeitraums des Vorjahres und betrugen 19,6 Mrd. EUR.¹⁰ Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-AG (ASFINAG), die Österreichische Bundesbahnen-Holding AG (ÖBB-Holding AG) und die Bundesimmobiliengesellschaft mbH (BIG) zurückzuführen, dem ein deutlicher Rückgang der Eigenmittel in der KA Finanz AG gegenübersteht.

¹⁰ Zu beachten ist, dass die Eigenmittel der OeNB aufgrund sondergesetzlicher Bestimmungen nicht berücksichtigt sind. Die von der OeNB übermittelten Daten sind in der Gesamtdarstellung nur hinsichtlich der Beschäftigten, des Personalaufwandes und Personalaufwand/MA sowie im Finanzcontrolling enthalten.



Umsatzerlöse

Kennzahl: Umsatzerlöse <i>in Mio. EUR</i>	Gesamtjahr						
	2016	2017 (Plan)	2017 (Vorschau)	Diff. VS zu Plan	in %	Diff. VS zu 2016	in %
Untergliederung							
UG 02-Bundesgesetzgebung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0%	0,0	0,0%
UG 10-Bundeskanzleramt	117,2	111,8	112,8	1,0	0,9%	-4,3	-3,7%
UG 11-Inneres	-	4,1	4,4	0,3	6,3%	-	0,0%
UG 12-Äußeres	137,2	121,0	140,9	19,9	16,4%	3,6	2,6%
UG 13-Justiz	36,0	41,0	38,5	-2,5	-6,1%	2,5	7,1%
UG 14-Militärische Angelegenheiten und Sport	21,2	19,5	19,5	0,0	0,0%	-1,7	-7,9%
UG 20-Arbeit	654,7	623,3	623,3	0,0	0,0%	-31,3	-4,8%
UG 24-Gesundheit und Frauen	167,8	166,7	171,1	4,4	2,7%	3,3	1,9%
UG 25-Familien und Jugend	2,8	2,7	2,7	0,0	0,0%	-0,1	-2,8%
UG 30-Bildung	17,8	11,7	11,7	0,0	0,0%	-6,1	-34,1%
UG 31-Wissenschaft und Forschung	4.072,0	4.092,8	4.103,1	10,3	0,3%	31,1	0,8%
UG 32-Kunst und Kultur	504,1	492,8	513,1	20,3	4,1%	9,0	1,8%
UG 34-Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	351,7	353,0	356,8	3,8	1,1%	5,2	1,5%
UG 40-Wirtschaft	1.214,5	1.276,0	1.249,4	-26,5	-2,1%	35,0	2,9%
UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie	9.148,4	9.650,6	9.683,5	32,8	0,3%	535,1	5,8%
UG 42-Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	333,2	326,0	324,5	-1,5	-0,5%	-8,7	-2,6%
UG 43-Umwelt	59,6	71,1	72,2	1,1	1,5%	12,6	21,1%
UG 45-Bundesvermögen	359,9	373,0	406,7	33,8	9,0%	46,8	13,0%
UG 46-Finanzmarktstabilität	0,3	49,1	49,9	0,7	1,5%	49,5	14873,8%
Summe	17.198,4	17.786,4	17.884,2	97,8	0,6%	685,8	4,0%

Quelle: Beteiligungs- und Finanzcontrollingbericht des BMF zum Stichtag 30. September 2017

Im Gesamtjahr 2017 steigen die Umsatzerlöse laut Vorschau auf 17,9 Mrd. EUR, das sind um 685,8 Mio. EUR (4,0 %) mehr als 2016. Im 3. Quartal zeigt sich ein positiver Trend, die kumulierten Umsatzerlöse nahmen um 664,4 Mio. EUR bzw. 5,3 % zu und liegen nunmehr bei 13,2 Mrd. EUR. Mehr als die Hälfte der gesamten Umsatzerlöse (2016: rd. 9,1 Mrd. EUR) werden in der UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie erwirtschaftet, auf die im 3. Quartal 2017 mit einem Plus von 403,6 Mio. EUR bzw. 5,9 % auch der größte absolute Anstieg entfällt (im Wesentlichen auf die ÖBB, ASFINAG und Schieneninfrastruktur-Dienstleistungsgesellschaft mbH (SCHIG)).



Personalkennzahlen

Beschäftigte

Kennzahl: Beschäftigte <i>in VBÄ</i>	Gesamtjahr						
	2016	2017 (Plan)	2017 (Vorschau)	Diff. VS zu Plan	in %	Diff. VS zu 2016	in %
Untergliederung							
UG 02-Bundesgesetzgebung	4	15	5	-10	-66,7%	1	25,0%
UG 10-Bundeskanzleramt	999	1.031	1.024	-8	-0,7%	24	2,4%
UG 11-Inneres	-	48	47	-1	-2,1%	-	0,0%
UG 12-Äußeres	196	207	213	6	2,9%	17	8,7%
UG 13-Justiz	530	564	550	-14	-2,4%	20	3,8%
UG 14-Militärische Angelegenheiten und Sport	198	199	199	0	0,0%	1	0,5%
UG 20-Arbeit	5.457	5.858	5.858	0	0,0%	401	7,3%
UG 24-Gesundheit und Frauen	1.462	1.493	1.490	-3	-0,2%	28	1,9%
UG 25-Familien und Jugend	10	10	10	0	0,0%	-1	-7,1%
UG 30-Bildung	158	114	114	0	0,0%	-44	-27,8%
UG 31-Wissenschaft und Forschung	36.316	36.860	36.786	-74	-0,2%	470	1,3%
UG 32-Kunst und Kultur	4.138	4.238	4.188	-50	-1,2%	50	1,2%
UG 34-Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	1.231	1.393	1.352	-41	-2,9%	121	9,8%
UG 40-Wirtschaft	1.690	1.741	1.739	-2	-0,1%	49	2,9%
UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie	45.450	46.773	46.222	-551	-1,2%	771	1,7%
UG 42-Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	2.185	2.257	2.248	-10	-0,4%	63	2,9%
UG 43-Umwelt	443	450	463	14	3,0%	21	4,6%
UG 45-Bundesvermögen	3.211	3.320	3.271	-49	-1,5%	60	1,9%
UG 46-Finanzmarktstabilität	258	158	158	0	-0,2%	-100	-38,9%
Summe	103.937	106.728	105.936	-793	-0,7%	1.999	1,9%

Quelle: Beteiligungs- und Finanzcontrollingbericht des BMF zum Stichtag 30. September 2017

Zum Stichtag der Berichtslegung war die Zahl der Beschäftigten in den berichtspflichtigen Unternehmen mit 105.192 VBÄ um 1.265 VBÄ bzw. 1,2 % geringfügig höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Im Gesamtjahr 2017 soll die Anzahl der Beschäftigten um 1.999 VBÄ bzw. 1,9 % zunehmen und damit um rd. 793 VBÄ bzw. 0,7 % geringer ausfallen als geplant.

Personalaufwand

Kennzahl: Personalaufwand <i>in Mio. EUR</i>	Gesamtjahr						
	2016	2017 (Plan)	2017 (Vorschau)	Diff. VS zu Plan	in %	Diff. VS zu 2016	in %
Untergliederung							
UG 02-Bundesgesetzgebung	0,4	1,1	0,5	-0,5	-50,6%	0,1	38,0%
UG 10-Bundeskanzleramt	66,2	70,0	68,5	-1,5	-2,1%	2,3	3,5%
UG 11-Inneres	-	2,5	2,2	-0,3	-11,8%	-	0,0%
UG 12-Äußeres	12,5	13,0	13,0	0,0	-0,1%	0,5	4,4%
UG 13-Justiz	31,4	34,9	33,5	-1,4	-4,0%	2,1	6,6%
UG 14-Militärische Angelegenheiten und Sport	9,3	9,1	9,1	0,0	0,0%	-0,2	-2,6%
UG 20-Arbeit	337,9	359,9	359,9	0,0	0,0%	22,0	6,5%
UG 24-Gesundheit und Frauen	106,8	108,3	108,6	0,2	0,2%	1,8	1,7%
UG 25-Familien und Jugend	0,8	0,7	0,7	0,0	0,0%	-0,1	-8,5%
UG 30-Bildung	10,1	7,0	7,0	0,0	0,0%	-3,1	-30,7%
UG 31-Wissenschaft und Forschung	2.607,6	2.682,0	2.657,8	-24,2	-0,9%	50,3	1,9%
UG 32-Kunst und Kultur	274,1	284,8	278,5	-6,3	-2,2%	4,4	1,6%
UG 34-Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	104,5	113,7	112,0	-1,6	-1,4%	7,5	7,2%
UG 40-Wirtschaft	124,8	131,2	129,6	-1,6	-1,2%	4,8	3,8%
UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie	2.915,8	2.981,3	2.981,2	-0,1	0,0%	65,4	2,2%
UG 42-Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	148,2	145,8	145,8	0,0	0,0%	-2,5	-1,7%
UG 43-Umwelt	33,0	34,2	35,5	1,2	3,6%	2,5	7,4%
UG 45-Bundesvermögen	464,9	336,4	333,7	-2,7	-0,8%	-131,2	-28,2%
UG 46-Finanzmarktstabilität	27,8	17,0	16,7	-0,2	-1,4%	-11,1	-40,0%
Summe	7.276,1	7.332,8	7.293,8	-39,1	-0,5%	17,7	0,2%

Quelle: Beteiligungs- und Finanzcontrollingbericht des BMF zum Stichtag 30. September 2017



Der Personalaufwand für das Gesamtjahr 2017 soll laut Vorschau 7,3 Mrd. EUR betragen und damit gegenüber 2016 nur geringfügig um 17,7 Mio. EUR oder 0,2 % steigen. Der erwartete Anstieg fällt damit auch um 0,5 % bzw. 39,1 Mio. EUR geringer aus als geplant. Im 3. Quartal betrug der kumulierte Personalaufwand rd. 5,4 Mrd. EUR und stieg somit gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 122,3 Mio. EUR bzw. 2,3 %.

Personalaufwand pro MitarbeiterIn

Kennzahl: Personalaufwand / Mitarbeiter <i>in EUR</i>	Gesamtjahr						
	2016	2017 (Plan)	2017 (Vorschau)	Diff. VS zu Plan	in %	Diff. VS zu 2016	in %
Untergliederung							
UG 02-Bundesgesetzgebung	96.750	72.133	106.800	34.667	48,1%	10.050	10,4%
UG 10-Bundeskanzleramt	66.227	67.858	66.900	-959	-1,4%	673	1,0%
UG 11-Inneres	-	52.083	46.894	-5.190	-10,0%	-	0,0%
UG 12-Außeres	63.537	62.899	61.037	-1.862	-3,0%	-2.500	-3,9%
UG 13-Justiz	59.251	61.866	60.882	-984	-1,6%	1.631	2,8%
UG 14-Militärische Angelegenheiten und Sport	47.167	45.691	45.691	0	0,0%	-1.476	-3,1%
UG 20-Arbeit	61.927	61.445	61.445	0	0,0%	-482	-0,8%
UG 24-Gesundheit und Frauen	73.016	72.542	72.861	319	0,4%	-155	-0,2%
UG 25-Familien und Jugend	72.719	71.641	71.641	0	0,0%	-1.079	-1,5%
UG 30-Bildung	63.880	61.325	61.325	0	0,0%	-2.555	-4,0%
UG 31-Wissenschaft und Forschung	71.802	72.761	72.250	-511	-0,7%	448	0,6%
UG 32-Kunst und Kultur	66.243	67.201	66.502	-699	-1,0%	259	0,4%
UG 34-Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	84.903	81.585	82.863	1.278	1,6%	-2.040	-2,4%
UG 40-Wirtschaft	73.862	75.356	74.534	-822	-1,1%	673	0,9%
UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie	64.153	63.739	64.497	757	1,2%	344	0,5%
UG 42-Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	67.846	64.590	64.857	267	0,4%	-2.989	-4,4%
UG 43-Umwelt	74.594	76.171	76.598	427	0,6%	2.005	2,7%
UG 45-Bundesvermögen	144.775	101.346	102.019	674	0,7%	-42.756	-29,5%
UG 46-Finanzmarktstabilität	107.871	107.280	105.944	-1.335	-1,2%	-1.926	-1,8%
Summe	70.005	68.706	68.851	145	0,2%	-1.154	-1,6%

Quelle: Beteiligungs- und Finanzcontrollingbericht des BMF zum Stichtag 30. September 2017

Im Jahr 2017 soll der Personalaufwand je MitarbeiterIn laut Vorschau um 1.154 EUR (1,6 %) gegenüber 2016 auf 68.851 EUR zurückgehen, wobei es insbesondere bei der KA Finanz AG und der Österreichische Bundes- und Industriebeteiligungen GmbH (ÖBIB) zu deutlichen Reduktionen kommt. Bis zum 3. Quartal 2017 ist der Personalaufwand je MitarbeiterIn insgesamt hingegen noch um 1,1 % angestiegen.



Outsourcing von Personalkosten in den Sachaufwand

Im Hinblick auf die Steuerungsfunktion des Personalplans des Bundes erachtete es der Rechnungshof (RH) als problematisch¹¹, wenn durch Outsourcing von Personalkosten über Personalleasing der Personalaufwand in den Sachaufwand verschoben wird. Aus diesem Grund ersuchte das BMF die berichtspflichtigen Unternehmen um Mitteilung, inwieweit aufgrund von Outsourcing Personalkosten im Sachaufwand enthalten sind. Während die diesbezüglichen Meldungen in den Vorberichten teils sehr mangelhaft waren (nur 43 von 106 Unternehmen gaben im Bericht zum 31. März 2015 eine entsprechende Meldung ab), haben nunmehr sämtliche Unternehmen Angaben zum Outsourcing übermittelt. Eine Nullmeldung erfolgte von 34 Unternehmen. Insgesamt beliefen sich die Ausgaben für Outsourcing von Personalkosten auf rd. 137 Mio. EUR¹², das entspricht einer Steigerung von rd. 22 Mio. EUR bzw. 19 % gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Aus Sicht des Budgetdienstes ist grundsätzlich zu unterscheiden, ob einzelne Dienstleistungen wie Reinigungsaufwand, Sicherheitsdienste, etc. fremdvergeben werden oder ob mittels Personalleasing tatsächlich Personalaufwand in Kernaufgabenbereichen in den Sachaufwand verschoben wird. Bei 47 der berichtspflichtigen Unternehmen ging das Outsourcing von Personalkosten über den Aufwand für Reinigung und Sicherheitsdienste hinaus, wobei die Angaben nicht immer eindeutig zuordenbar sind. Mit einem Volumen von rd. 125 Mio. EUR entfallen auf diese Unternehmen 92 % der Ausgaben für Outsourcing von Personalkosten.

¹¹ Beispielsweise in seinem Bericht betreffend die Justizbetreuungsagentur – JBA (Reihe Bund 2014/7)

¹² Tatsächlich dürfte der Wert wesentlich höher liegen, da zwei Unternehmen (Montanuniversität Leoben, Akademie der bildenden Künste) lediglich Werte für das 3. Quartal ausweisen und ein Unternehmen (Bundespensionskasse AG) zwar angibt weite Teile des operativen Geschäfts an Dritte zu vergeben, dies aber nicht beziffert.



Ergebnis- und Risikokennzahlen

Ergebnis vor Steuern¹³

Kennzahl: Ergebnis vor Steuern <i>in Mio. EUR</i>	Gesamtjahr						
	2016	2017 (Plan)	2017 (Vorschau)	Diff. VS zu Plan	in %	Diff. VS zu 2016	in %
Untergliederung							
UG 02-Bundesgesetzgebung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0%	0,0	0,0%
UG 10-Bundeskanzleramt	2,2	-2,8	-1,0	1,8	63,3%	-3,2	-147,3%
UG 11-Inneres	-	-0,1	0,1	0,2	229,8%	-	0,0%
UG 12-Äußeres	-0,2	-0,5	-0,7	-0,2	-29,9%	-0,5	-194,1%
UG 13-Justiz	1,0	0,0	0,5	0,5	0,0%	-0,4	-45,7%
UG 14-Militärische Angelegenheiten und Sport	0,1	0,4	0,4	0,0	0,0%	0,3	325,0%
UG 20-Arbeit	131,7	2,5	2,5	0,0	0,0%	-129,3	-98,1%
UG 24-Gesundheit und Frauen	6,2	0,9	3,6	2,7	303,1%	-2,6	-41,5%
UG 25-Familien und Jugend	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0%	-0,1	-91,3%
UG 30-Bildung	-0,9	-0,3	-0,3	0,0	0,0%	0,6	64,3%
UG 31-Wissenschaft und Forschung	77,0	-6,1	20,5	26,7	434,9%	-56,5	-73,3%
UG 32-Kunst und Kultur	20,9	5,4	23,7	18,3	342,0%	2,8	13,3%
UG 34-Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	3,3	1,8	1,3	-0,5	-29,9%	-2,1	-61,9%
UG 40-Wirtschaft	669,5	549,6	566,2	16,7	3,0%	-103,3	-15,4%
UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie	997,6	1.011,3	1.111,1	99,8	9,9%	113,5	11,4%
UG 42-Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	24,0	19,4	23,3	4,0	20,6%	-0,6	-2,6%
UG 43-Umwelt	0,6	0,3	1,0	0,8	293,8%	0,4	60,8%
UG 45-Bundesvermögen	188,9	190,5	228,6	38,1	20,0%	39,7	21,0%
UG 46-Finanzmarktstabilität	-279,6	-621,0	-2.886,6	-2.265,6	-364,9%	-2.606,9	-932,2%
Summe	1.842,4	1.151,1	-905,6	-2.056,7	-178,7%	-2.748,0	-149,2%

Quelle: Beteiligungs- und Finanzcontrollingbericht des BMF zum Stichtag 30. September 2017

Das gesamte Ergebnis vor Steuern wird laut Vorschau 2017 mit -905,6 Mio. EUR negativ ausfallen, der Rückgang iHv 2,7 Mrd. EUR (149,2 %) im Vergleich zum Vorjahr geht insbesondere auf die Entwicklungen in der UG 46-Finanzmarktstabilität zurück. Im Frühjahr 2017 erfolgte die Abwicklung des Rückkaufs landesbehalteter Schuldtitel der HETA, für die die ABBAG Bundesmittel zur Verfügung stellte. Im Juni 2017 beantragte die KA Finanz AG die Umwandlung in eine Abbaugesellschaft und legte die Bankkonzession zurück. Die kurz- und mittelfristige Finanzierung über den Markt wird dabei schrittweise durch eine langfristige Refinanzierung über die ABBAG ersetzt.

¹³ Ab dem BMF-Bericht über das Beteiligungs- und Finanzcontrolling zum 31. März 2017 wird der Begriff „Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit“ durch „Ergebnis vor Steuern“ ersetzt. Dies wird mit dem RÄG – Rechnungslegungs-Änderungsgesetz 2014, BGBl I 22/2015 begründet.



Cash-Flow aus dem Ergebnis

Kennzahl: Cash-Flow aus dem Ergebnis	Gesamtjahr						
	2016	2017 (Plan)	2017 (Vorschau)	Diff. VS zu Plan	in %	Diff. VS zu 2016	in %
Untergliederung <i>in Mio. EUR</i>							
UG 02-Bundesgesetzgebung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0%	0,0	0,0%
UG 10-Bundeskanzleramt	2,4	-0,8	0,9	1,7	211,7%	-1,5	-61,7%
UG 11-Inneres	-	0,1	0,6	0,5	555,1%	-	0,0%
UG 12-Äußeres	-0,2	-0,4	-0,5	-0,2	-44,5%	-0,3	-131,4%
UG 13-Justiz	1,1	0,2	0,6	0,5	297,5%	-0,5	-41,3%
UG 14-Militärische Angelegenheiten und Sport	0,7	1,8	1,8	0,0	0,0%	1,1	161,8%
UG 20-Arbeit	197,3	27,4	27,4	0,0	0,0%	-169,8	-86,1%
UG 24-Gesundheit und Frauen	11,3	4,9	7,1	2,2	43,9%	-4,2	-37,2%
UG 25-Familien und Jugend	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0%	0,0	-33,0%
UG 30-Bildung	0,9	0,8	0,8	0,0	0,0%	-0,1	-8,6%
UG 31-Wissenschaft und Forschung	281,6	150,3	180,5	30,2	20,1%	-101,0	-35,9%
UG 32-Kunst und Kultur	31,4	20,5	37,9	17,4	84,7%	6,6	20,9%
UG 34-Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	11,2	-5,7	-2,7	3,0	52,1%	-13,9	-124,2%
UG 40-Wirtschaft	470,2	448,9	429,2	-19,6	-4,4%	-41,0	-8,7%
UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie	1.925,7	2.003,3	2.054,1	50,8	2,5%	128,4	6,7%
UG 42-Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	40,4	22,6	24,8	2,1	9,5%	-15,6	-38,7%
UG 43-Umwelt	3,1	2,8	3,5	0,7	25,2%	0,5	15,6%
UG 45-Bundesvermögen	215,4	221,1	259,0	38,0	17,2%	43,6	20,3%
UG 46-Finanzmarktstabilität	-46,0	35,3	52,2	16,9	47,8%	98,2	213,5%
Summe	3.146,4	2.933,2	3.077,4	144,2	4,9%	-69,0	-2,2%

Quelle: Beteiligungs- und Finanzcontrollingbericht des BMF zum Stichtag 30. September 2017

Im 3. Quartal 2017 entwickelte sich der Cash-Flow mit 2,6 Mrd. EUR positiv (+264,0 Mio. EUR oder 11,4 %). Für das Gesamtjahr 2017 wird laut Plan mit einem Rückgang des Cash-Flow der berichtspflichtigen Unternehmen um 69,0 Mio. EUR (-2,2 %) auf 3,1 Mrd. EUR gerechnet.

Risikowert

Kennzahl: Risikowert	2015	2016	1. Quartal 2017			1.-3. Quartal 2017		
	1.-3. Qu	1.-3. Qu	Risikowert aus Finanzinstrumenten	Risikowert aus Ereignisrisiken	Risikowert insgesamt	Risikowert aus Finanzinstrumenten	Risikowert aus Ereignisrisiken	Risikowert insgesamt
Untergliederung <i>in Mio. EUR (gerundet)</i>								
UG 02-Bundesgesetzgebung	-	-	-	-	-	0,0	66,8	66,8
UG 10-Bundeskanzleramt	1,2	1,3	0,0	1,3	1,3	0,0	1,3	1,3
UG 11-Inneres	-	-	-	-	-	0,0	0,0	0,0
UG 12-Äußeres	1,6	1,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
UG 13-Justiz	0,3	0,4	0,0	0,5	0,5	0,0	0,5	0,5
UG 14-Militärische Angelegenheiten und Sport	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1
UG 20-Arbeit	0,7	0,8	0,0	2,2	2,2	0,0	1,5	1,5
UG 24-Gesundheit und Frauen	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
UG 25-Familien und Jugend	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
UG 30-Bildung	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
UG 31-Wissenschaft und Forschung	31,0	30,1	1,6	28,7	30,3	1,1	31,1	32,2
UG 32-Kunst und Kultur	24,9	19,6	0,0	19,2	19,2	0,0	18,9	18,9
UG 34-Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	1,8	5,8	0,0	5,7	5,7	0,0	5,7	5,7
UG 40-Wirtschaft	397,7	213,4	230,0	14,3	244,3	204,5	14,5	219,0
UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie	853,9	490,8	460,2	167,5	627,7	796,0	166,6	962,6
UG 42-Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	5,3	4,7	0,0	5,2	5,2	0,0	5,0	5,0
UG 43-Umwelt	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
UG 45-Bundesvermögen	64,0	66,5	0,0	5,4	5,4	0,0	4,7	4,7
UG 46-Finanzmarktstabilität*)	632,3	447,8	-	358,8	358,8	-	255,6	255,6
Summe	2.015,1	1.283,0	691,8	608,9	1.300,8	1.001,6	572,3	1.573,9
Risikowert aus Finanzinstrumenten	926,7	530,6						
Risikowert aus Ereignisrisiken	1.088,2	752,4						

*) Laut dem BMF-Bericht wird in der UG 46 ein ökonomisches Risiko angenommen, welches sowohl Ereignisrisiken als auch Risiken aus Finanzinstrumenten beinhaltet.

Quellen: Berichte zum Beteiligungs- und Finanzcontrolling des BMF zum Stichtag 31. März bzw. 30. September 2015, 2016 und 2017



Zum Stichtag 30. September 2017 betrug der Risikowert der Beteiligungen 1,6 Mrd. EUR, das entspricht einem Anstieg von 273,1 Mio. EUR bzw. 21,0 % gegenüber dem Vorbericht zum Stichtag 31. März 2017 (ähnlich hoch ist der Anstieg gegenüber dem Vorjahr). Diesem Risikowert stehen Eigenmittel iHv 19,6 Mrd. EUR gegenüber, damit ergibt sich eine Risikoabdeckung von 1.242,8 %.

Der Risikowert setzt sich einerseits aus den Risiken aus der Verwendung von Finanzinstrumenten und andererseits aus Ereignisrisiken zusammen (in der UG 46-Finanzmarktstabilität wird der Wert als ökonomisches Risiko angenommen, das sowohl Ereignisrisiken als auch Risiken aus Finanzinstrumenten umfasst). Nach Risikoarten liegt der Risikowert aus Finanzrisiken zum Stichtag bei 1.001,6 Mio. EUR (zuletzt 691,8 Mio. EUR), jener aus Ereignisrisiken bei 572,3 Mio. EUR (zuletzt 608,9 Mio. EUR). Er ist das Produkt aus Risikopotenzial und Eintrittswahrscheinlichkeit oder das mit einer besonderen Methode (insbesondere der Kreditinstitute) ermittelte Risiko. Bereits schlagend gewordene Risiken sind in den Daten des Beteiligungs- und Finanzcontrolling bereits berücksichtigt und daher im Risikowert nicht mehr enthalten.

Die ausgewiesenen Risikowerte beschränken sich auf Unternehmen der UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie (61,2 %), der UG 46-Finanzmarktstabilität (16,2 %) und der UG 40-Wirtschaft (13,9 %). Neu hinzugekommen ist ein Risikowert von 66,8 Mio. EUR aus Ereignisrisiken für die Parlamentsgebäudesanierungsgesellschaft m.b.H. der UG 02-Bundesgesetzgebung, die Risikodeckung durch Eigenmittel beträgt 15 %.

Ergebnisse des Finanzcontrollings

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Gesamtergebnisse des Finanzcontrollings:

Finanzcontrolling

Beteiligung- und Finanzcontrolling (Gesamt)		Stichtag: 30. September 2017 103 Gesellschaften										
Bezeichnung	Einheit	Quartale				Gesamtjahr						
		2016 (1.-3. Qu)	2017 (1.-3. Qu)	Diff. abs.	Diff. in %	2016	2017 (Plan)	2017 (Vorschau)	Diff. VS zu Plan	in %	Diff. VS zu 2016	in %
FINANZCONTROLLING												
Auszahlungen Bund	in Mio. EUR	8.690,8	13.256,4	4.565,5	52,5%	11.882,0	12.049,6	16.710,5	4.660,9	38,7%	4.828,6	40,6%
Einzahlungen Bund	in Mio. EUR	1.646,0	1.332,4	-313,6	-19,1%	1.979,2	1.625,3	1.633,1	7,8	0,5%	-346,0	-17,5%
Haftungen Bund	in Mio. EUR	32.835,8	28.762,2	-4.073,7	-12,4%	32.101,8	28.723,6	27.848,9	-874,6	-3,0%	-4.252,9	-13,2%

Quelle: Beteiligungs- und Finanzcontrollingbericht des BMF zum Stichtag 30. September 2017



Auszahlungen des Bundes

Kennzahl: Auszahlungen Bund <i>in Mio. EUR</i>	Gesamtjahr						
	2016	2017 (Plan)	2017 (Vorschau)	Diff. VS zu Plan	in %	Diff. VS zu 2016	in %
UG 02-Bundesgesetzgebung	21,1	45,7	38,7	-7,0	-15,4%	17,6	83,1%
UG 10-Bundeskanzleramt	76,2	68,8	68,6	-0,2	-0,3%	-7,7	-10,0%
UG 11-Inneres	-	3,8	4,0	0,2	5,2%	-	0,0%
UG 12-Äußeres	107,1	97,5	117,3	19,8	20,3%	10,2	9,5%
UG 13-Justiz	40,7	41,0	38,5	-2,5	-6,1%	-2,2	-5,5%
UG 14-Militärische Angelegenheiten und Sport	12,1	7,9	7,9	0,0	0,0%	-4,2	-34,7%
UG 20-Arbeit	440,2	470,2	470,2	0,0	0,0%	30,0	6,8%
UG 24-Gesundheit und Frauen	89,0	89,9	89,4	-0,5	-0,6%	0,4	0,4%
UG 25-Familien und Jugend	3,2	3,1	3,1	0,0	0,0%	-0,1	-2,9%
UG 30-Bildung	17,8	11,7	11,7	0,0	0,0%	-6,1	-34,4%
UG 31-Wissenschaft und Forschung	3.350,4	3.361,8	3.356,5	-5,3	-0,2%	6,1	0,2%
UG 32-Kunst und Kultur	298,0	304,1	309,6	5,5	1,8%	11,6	3,9%
UG 34-Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	222,6	216,3	204,2	-12,1	-5,6%	-18,3	-8,2%
UG 40-Wirtschaft	1.065,0	1.056,2	1.042,5	-13,6	-1,3%	-22,5	-2,1%
UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie	5.666,2	5.825,7	5.796,4	-29,3	-0,5%	130,2	2,3%
UG 42-Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	76,8	77,9	77,9	0,0	0,0%	1,1	1,4%
UG 43-Umwelt	53,1	56,2	56,0	-0,2	-0,3%	3,0	5,6%
UG 45-Bundesvermögen	321,8	305,5	333,6	28,1	9,2%	11,9	3,7%
UG 46-Finanzmarktstabilität	20,6	6,3	4.684,4	4.678,2	74626,3%	4.663,8	22595,9%
Summe	11.882,0	12.049,6	16.710,5	4.660,9	38,7%	4.828,6	40,6%

Quelle: Beteiligungs- und Finanzcontrollingbericht des BMF zum Stichtag 30. September 2017

Laut Vorschau sollen die Auszahlungen an die Beteiligungsunternehmen im Jahr 2017 gegenüber dem Vorjahr um 4,8 Mrd. EUR (40,6 %) auf rd. 16,7 Mrd. EUR ansteigen und damit auch maßgeblich über den Planwerten (38,7 %) liegen. Bereits im Beteiligungs- und Finanzcontrollingbericht zum 31. März 2017 wurden in die Vorschau zusätzliche Auszahlungen des Bundes iHv 2,1 Mrd. EUR an die ABBAG der UG 46-Finanzmarktstabilität zur Finanzierung des Rückkaufs landesbehalteter HETA-Schuldtitel aufgenommen. Der Vorschauwert für 2017 wurde im vorliegenden Bericht nochmals auf 4,7 Mrd. EUR für Auszahlungen an die ABBAG erhöht.

Die Vorschau 2017 sieht nunmehr Auszahlungen des Bundes an die ABBAG iHv rd. 4,7 Mrd. EUR vor. Wie bereits im Zusammenhang mit der Kennzahl Ergebnis vor Steuern ausgeführt wurde, ist dies auf Auszahlungen in der UG 46-Finanzmarktstabilität für den Rückkauf landesbehalteter Schuldtitel der HETA (rd. 1,3 Mrd. EUR) und für die Umstellung der Finanzierung der KA Finanz AG (rd. 3,4 Mrd. EUR) zurückzuführen, die über die ABBAG abgewickelt wurden.



Das Gesamtfinanzierungserfordernis für den Rückkauf der landesbehafteten Schuldtitel der HETA belief sich auf rd. 8,9 Mrd. EUR. Die Mittel dafür erhielt der KAF vom Land Kärnten (rd. 1,2 Mrd. EUR) und im Ausmaß werthaltiger Kredite über eine Rechtsträgerfinanzierung der ÖBFA (rd. 6,4 Mrd. EUR). Der Restbetrag iHv rd. 1,3 Mrd. EUR wurde über Maßnahmen des Bundes gemäß FinStaG finanziert, die im Juni 2017 zu Auszahlungen aus der UG 46-Finanzmarktstabilität führten. Die Bereitstellung der vom Bund finanzierten Mittel erfolgte jeweils über die ABBAG.

Die Umwandlung der KA Finanz AG in eine Abbaugesellschaft und Rückgabe ihrer Bankkonzession erfordert eine Umstellung der kurz- und mittelfristigen Finanzierung über den Markt auf eine langfristige Finanzierung durch die ABBAG. Dazu wird die bislang bestehende Garantie des Bundes für das Commercial Paper Programm iHv 3,5 Mrd. EUR durch Darlehen gemäß § 2 FinStaG ersetzt. Der Bund hat über die ABBAG bis Ende Oktober 2017 3,4 Mrd. EUR zur Verfügung gestellt, davon 2,4 Mrd. EUR als Darlehen (2,2 Mrd. EUR im September, 200 Mio. EUR im Oktober) und 988 Mio. EUR als Gesellschafterzuschuss. Damit werden von der KA Finanz AG im Jahr 2017 FinStaG-Mittel iHv 3,4 Mrd. EUR ausgenutzt, die restlichen 100 Mio. EUR werden voraussichtlich im Jänner 2018 abgerufen werden.

Das mit Abstand größte Auszahlungsvolumen betrifft die UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie mit 5,8 Mrd. EUR. Die Auszahlungen entfallen in einem sehr hohen Ausmaß auf die ÖBB-Holding AG (4,9 Mrd. EUR) und die SCHIG (773,3 Mio. EUR), wobei für beide Unternehmen im Jahr 2017 ein Anstieg der Auszahlungen geplant ist (ÖBB-Holding AG +82,9 Mio. EUR oder 1,7 %, SCHIG +51,0 Mio. EUR oder 7,1 %). Von den Auszahlungen an die ÖBB-Holding AG iHv 4,9 Mrd. EUR entfallen rd. 2,1 Mrd. EUR auf Zahlungen für die Infrastruktur, rd. 2,1 Mrd. EUR auf ÖBB Pensionen und Pflegegeld sowie rd. 0,7 Mrd. EUR auf gemeinwirtschaftliche Leistungen. Den Auszahlungen für die ÖBB-Pensionen stehen aber auch Einzahlungen aus Pensions- und Pensionssicherungsbeiträgen gegenüber (siehe dazu im Detail die [Anfragebeantwortung des Budgetdienstes zu den Zahlungen aus dem Bundesbudget an die ÖBB](#)).



Einzahlungen an den Bund

Kennzahl: Einzahlungen Bund <i>in Mio. EUR</i>	Gesamtjahr						
	2016	2017 (Plan)	2017 (Vorschau)	Diff. VS zu Plan	in %	Diff. VS zu 2016	in %
Untergliederung							
UG 02-Bundesgesetzgebung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0%	0,0	0,0%
UG 10-Bundeskanzleramt	8,8	8,9	8,7	-0,3	-3,0%	-0,2	-2,0%
UG 11-Inneres	-	0,3	0,3	0,0	1,5%	-	0,0%
UG 12-Äußeres	0,4	0,4	0,4	0,0	0,0%	0,0	0,5%
UG 13-Justiz	0,9	0,9	0,9	0,0	-2,1%	0,0	-4,3%
UG 14-Militärische Angelegenheiten und Sport	0,4	0,4	0,4	0,0	0,0%	0,0	2,2%
UG 20-Arbeit	4,2	4,1	4,1	0,0	0,0%	-0,1	-2,4%
UG 24-Gesundheit und Frauen	24,1	24,2	24,2	0,0	0,0%	0,1	0,3%
UG 25-Familien und Jugend	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0%	0,0	0,0%
UG 30-Bildung	0,3	0,3	0,3	0,0	0,0%	0,0	-9,0%
UG 31-Wissenschaft und Forschung	523,2	507,8	506,9	-0,9	-0,2%	-16,3	-3,1%
UG 32-Kunst und Kultur	31,0	31,1	30,8	-0,3	-0,9%	-0,2	-0,7%
UG 34-Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	3,8	5,4	3,3	-2,1	-38,3%	-0,5	-12,4%
UG 40-Wirtschaft	129,7	131,3	131,8	0,4	0,3%	2,1	1,6%
UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie	476,1	458,1	458,1	0,0	0,0%	-18,0	-3,8%
UG 42-Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	26,9	23,6	32,5	8,9	37,7%	5,6	20,8%
UG 43-Umwelt	5,3	5,5	5,5	0,0	-0,3%	0,2	3,5%
UG 45-Bundesvermögen	706,6	398,4	399,4	1,0	0,2%	-307,2	-43,5%
UG 46-Finanzmarktstabilität	37,4	24,5	25,6	1,0	4,3%	-11,8	-31,6%
Summe	1.979,2	1.625,3	1.633,1	7,8	0,5%	-346,0	-17,5%

Quelle: Beteiligungs- und Finanzcontrollingbericht des BMF zum Stichtag 30. September 2017

Der Vorschauwert der Einzahlungen an den Bund liegt für 2017 mit 1,6 Mrd. EUR um 346,0 Mio. EUR bzw. 17,5 % unter dem Vorjahresergebnis, der Planwert soll geringfügig überschritten werden (0,5 %).¹⁴ Die Einzahlungen aus den berichtspflichtigen Unternehmen haben damit einen Anteil von rd. 2,2 % an den Gesamteinzahlungen (73,2 Mrd. EUR) des Bundes. Ein nicht unerheblicher Teil dieser Einzahlungen stammt aus Refundierungen für Personal des Bundes.

Der Rückgang der Einzahlungen laut Vorschau 2017 ist insbesondere auf die niedrigere Gewinnabfuhr der OeNB zurückzuführen, die im Vorjahr aufgrund einer hohen einmaligen Sonderdividende der Münze Österreich AG einen Sondereffekt aufwies. Der Planwert bzw. die Vorschau sieht für 2017 eine Gewinnabfuhr iHv 158,1 Mio. EUR vor, diese wurde 2017 – im Unterschied zum Vorjahr – bereits im 1. Quartal überwiesen.

¹⁴ Im Vergleich zur Berichterstattung zum 31. März 2017 wurde der Planwert für die Dividende der ASFINAG iHv 70 Mio. EUR ergänzt, weiters wurde der Planwert der KA Finanz AG von 42 Mio. EUR auf 24,5 Mio. EUR reduziert.



Mit 506,9 Mio. EUR weist die UG 31-Wissenschaft und Forschung laut Vorschau 2017 ebenfalls beträchtliche Einzahlungen auf. Diese Einzahlungen ergeben sich in erster Linie aus Refundierungen der Universitäten für Bundespersonal an den Bund. Da die Zahl der Bundesbediensteten an Universitäten aber kontinuierlich zurückgeht, reduzieren sich auch die Einzahlungen an den Bund. Im Jahr 2017 sollen sie gegenüber dem Vorjahr um 16,3 Mio. EUR bzw. 3,1 % sinken.

Haftungen

Kennzahl: Haftungen Bund	Gesamtjahr						
	2016	2017 (Plan)	2017 (Vorschau)	Diff. VS zu Plan	in %	Diff. VS zu 2016	in %
Untergliederung <i>in Mio. EUR</i>							
UG 34-Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	81,3	85,0	90,0	5,0	5,9%	8,7	10,7%
UG 40-Wirtschaft	873,1	848,0	880,0	32,0	3,8%	6,9	0,8%
UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie	26.643,3	26.690,6	25.778,9	-911,6	-3,4%	-864,4	-3,2%
UG 46-Finanzmarktstabilität	4.504,1	1.100,0	1.100,0	0,0	0,0%	-3.404,1	-75,6%
Summe	32.101,8	28.723,6	27.848,9	-874,6	-3,0%	-4.252,9	-13,2%

Quelle: Beteiligungs- und Finanzcontrollingbericht des BMF zum Stichtag 30. September 2017

Die Haftungen des Bundes für die berichtspflichtigen Unternehmen zum Stichtag 30. September 2017 betragen 28,7 Mrd. EUR und liegen damit gegenüber dem Vergleichszeitpunkt des Vorjahres um 4,1 Mrd. EUR (12,4 %) niedriger. Im Jahresverlauf sollen die Haftungen weiter auf 27,8 Mrd. EUR (-13,2 % im Vergleich zu 2016) zurückgehen. Dies ist insbesondere auf die Umstellung der Refinanzierung der KA Finanz AG zurückzuführen, der Garantierahmen für das Commercial Paper Programm wird bis Ende 2017 um 3,4 Mrd. EUR auf 100 Mio. EUR reduziert.